



Februar 2011

Good News: Mehr Firmen und Jobs

»Ich bin ein Berliner«: Wer weiß schon, dass der neueste Hochgeschwindigkeitszug von Bombardier zu großen Teilen von Ingenieuren aus der Hauptstadtregion entwickelt wurde? Oder dass die weltgrößten Gasturbinen von Siemens aus Berlin-Spandau kommen?

Seit September werben Berliner Unternehmen deshalb unter dem bekannten Zitat von John F. Kennedy mit ihren Produkten für den Hauptstadt-Standort – eine Idee der Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner. Allein 2010 ist es ihnen gelungen, 105 Unternehmen in die Hauptstadt zu locken beziehungsweise zu bewegen, ihren Sitz in der Hauptstadt auszubauen. Die Unternehmen wollen insgesamt 4.540 Arbeitsplätze schaffen und 247 Millionen Euro investieren.

Das ist gut für die Stadt, schließlich braucht Berlin dringend neue Jobs. (nach Berliner Zeitung 21.12.2010)

Maßnahmen gegen Spielhallen

Der Senat von Berlin will mit mehreren Initiativen die weitere Ausbreitung von Spielhallen stoppen. In Berlin gibt es ein rasantes Wachstum von Spielhallen, die immer mehr Menschen in die Spielsucht hineinziehen. Die Zahl der Spielabhängigen in Berlin wird auf 34.000 geschätzt. Die Menschen verspielen dabei alles: von der Miete bis zum Taschengeld der Kinder. Spielhallen werden vor allem in sozial schwachen Kiezen eröffnet. In der Stromstraße in Moabit gibt es kaum noch Lebensmittelläden, dafür aber viele Spielhallen. Auch an der Pichelsdorfer Straße in Spandau gibt es allein 16 Spielhallen.

Da es rechtlich nicht einfach ist, die Zahl der Spielhallen zu begrenzen, will der Senat im Bundesrat eine Initiative einbringen: Über eine Änderung der Bau-nutzungsverordnung sollen Spielhallen aus städtebau-rechtlichen Gründen untersagt werden können. Außerdem soll die Spielverordnung auch deutlich verschärft werden, so dass die Eröffnung von reinen Spielhallen gar nicht mehr möglich wird.

Berlin selber hat als erste Maßnahme schon die Vergnügungssteuer auf Geldspielautomaten zu Jahresbeginn von elf auf zwanzig Prozent erhöht.

Gebet:

- **für eine Änderung des Bundesrechts, damit klare Maßnahmen gegen Spielhallen ermöglicht werden**

- **Gebet für alle Spielsüchtigen, dass sie Kraft bekommen von ihrer Sucht abzu-lassen und Hilfe zu suchen**
- **dass sich für die sozial schwachen Kieze Investoren finden, deren Angebot die Lebensqualität fördert**

Zivildienst und neuer Freiwilligen-dienst

Mehr als 50 Jahre lang waren »Zivis« unverzichtbar in Krankenhäusern oder Altenheimen, vielfach auch in christlichen Einrichtungen, Gemeinden und Freizeitheimen. Doch die Bundesregierung hat die Wehrpflicht zum 1. Januar 2011 ausgesetzt – und den Zivildienst als Alternative dazu gleich mit. Künftig müssen die sozialen Einrichtungen also ohne sie klar kommen. Die Wohlfahrtsverbände in Berlin sehen dennoch die Lage nicht dramatisch. Denn der Zivildienst hat in den vergangenen Jahren bereits an Bedeutung verloren. Derzeit gibt es 1.912 Zivis in Berlin. Im Januar 2002 waren es 4.449 - mehr als doppelt so viele. Zudem wurde die Dienstzeit mehrmals verkürzt, zuletzt auf sechs Monate.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hofft, dass sich für den neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienst bundesweit mindestens 35.000 Freiwillige finden, die die sozialen Einrichtungen im Land vor dem völligen Verlust ihrer Helfer bewahren. Hier gibt es keine Altersgrenze: Auch Rentner können sich für ein gesellschaftliches Engagement verpflichten. Zwischen sechs und 24 Monate sollen die Einsätze dauern. Der Bundesrat muss dem Gesetzesentwurf erst noch zustimmen.

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) wird es weiterhin zusätzlich geben. Auf diese Plätze können sich junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren bewerben, die sich gemeinnützig engagieren wollen. Der Einsatz in sozialen Einrichtungen, bei Verbänden oder Initiativen soll der beruflichen Orientierung dienen und muss pädagogisch begleitet werden. Die Teilnehmer bekommen ein Taschengeld, in der Regel auch Unterkunft und Verpflegung. (Daten und Fakten Berliner Zeitung 20.01.2011)

Eine besondere Herausforderung wird künftig darin bestehen, die jungen Männer zu gewinnen, die nicht mehr kommen müssen. Die bange Frage ist, ob durch den Wegfall des Pflichtdienstes unsere Gesellschaft

und unsere Stadt sozial und menschlich kälter werden oder ob das Gegenteil der Fall ist.

Gebet:

- **Dass soziale Einrichtungen den Wegfall der Zivis mit Freiwilligen gut ausgleichen können**
- **Bereitschaft zum Einsatz für die schwachen Nächsten unter jungen Menschen**
- **Phantasie und Kreativität bei christlichen Diensten für den Dienst in der Gesellschaft**

Räumung der Liebigstraße 14

Ein seit 1990 besetztes Haus in der Liebigstraße 14 in Friedrichshain steht vor der Räumung. 1992 schlossen die Bewohner Mietverträge mit der Wohnungsgesellschaft des Bezirks. Später kauften private Investoren das Haus und kündigten die Mietverträge. Inzwischen haben alle 28 Bewohner die Prozesse um die Gültigkeit ihrer Mietverträge verloren. Die Eigentümer waren nicht bereit, eine alternative Lösung zu suchen und beauftragten den Gerichtsvollzieher.

Die Räumung des Hauses steht am 2. Februar an. Inzwischen wird im Internet offen zu Gewalttaten aufgerufen, die sogar den Einsatz von Waffen und Brandsätzen beinhalten, um Polizisten an der Räumung zu hindern. Da die Bewohner des Hauses mit anderen autonomen Projekten in Europa vernetzt sind, wird damit gerechnet dass viele Autonome aus anderen Ländern zur Unterstützung anreisen werden. Allerdings ist die politische Bedeutung des Projekts auch in der linksradikalen Szene umstritten.

Gebet:

- **Dass sich doch noch eine alternative Wohnmöglichkeit für die Bewohner des Hauses Liebigstraße findet**
- **gewaltfreie Räumung des Hauses**
- **Schutz für alle beteiligten Polizeibeamten, Weisheit für deeskalierendes Vorgehen**

Projekte der Hoffnung: HOFFNUNG 2011

»Dienen mit Wort und Tat« ist der schöne Slogan der Mitte Januar in Berlin und bundesweit gestarteten Kampagne HOFFNUNG 2011. Dem können sicher viele, die für Berlin beten und sich gemeinsam für Berlin einsetzen, von ganzem Herzen zustimmen. Bundesweit über 270 Jugendgruppen, in Berlin derzeit zehn (wobei laufend neue dazu kommen) wollen sich in diesem Jahr für die Nöte in ihrer Nachbarschaft besonders einsetzen.

Ein Gebetskonzert in der Allianz-Gebetswoche und ein öffentlicher Luftballonstart am Brandenburger Tor gaben den Startschuss. Der Empfang von über hundert überwiegend jungen Leuten durch Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt brachte politische und mediale Aufmerksamkeit. Jede Jugendgruppe kann ihren Beitrag selbstständig entwickeln. Die ersten beiden Monate stehen unter dem Motto »Visitoren«. Angeregt wird zu Besuchen bei Einsamen, Kranken, Bedürftigen. Im Aufruf heißt es: »Reden kann man viel. Mach mit! Die Initiative Hoffnung fordert uns als christliche Teenager und Jugendliche dazu heraus, Menschen unseres Ortes zu dienen und dadurch die Liebe Jesu zu bezeugen!«

Gebet

- **Dank für die Initiative**
- **Ideen, Liebe und Durchhaltevermögen für die jungen Leute**
- **Dass auch in Berlin durch HOFFNUNG 2011 Menschen von Gottes Liebe erreicht und berührt werden**

40 Tage beten und fasten

Es beginnt zwar erst am 9. März, doch wir möchten euch jetzt schon auf die Initiative »40 Tage beten und fasten für unser Land« hinweisen und dazu einladen. Mehr als 70 Verbände und Organisationen rufen in der Passionszeit zum gemeinsamen Gebet für unser Land auf.

Bei info@down-to-earth.de ist für 2,80 € ein Set von Gebetskarten erhältlich, die konkrete Gebetsanliegen für verschiedene Gesellschaftsbereiche nennen. Ein Poster, das die Anliegen auch enthält ist – gegen Spende – bei Neues Leben erhältlich: info@wertestiftung.de. Weitere Infos und ausführliche Gebetsanliegen: www.40tagebetenundfasten.de

Gebet:

- **Dass die Aktion weite Kreise zieht und viele Einzelne und Gruppen sich zum Gebet für unser Land motivieren und inspirieren lassen.**

Hinweis:

Konferenz für kontinuierliches Gebet für die Bundesregierung und das Parlament, am Samstag, 26.02.2011 in Berlin, Konrad Adenauer Stiftung; 14:00 Uhr – 18:30 Uhr

Anmeldung bei Veranstalter: Gebet für die Regierung, Pistoriusstr. 147, 13086 Berlin, Telefon: 030-99270812, Mail: info@gebetfuerdieregierung.de